

Anderer-
seits



ANDREAS MÖLZER

Deutsches Kriegsgeschrei

So viel von Krieg gesprochen wie heute wurde in Europa und vor allem im benachbarten Deutschland eigentlich nur in den Jahren vor 1914 und vor 1939. Da beschwört der deutsche SPD-Verteidigungsminister Pistorius eine neue „Kriegstüchtigkeit“, und der Bundestag beschließt ein 800-Milliarden-Budget für die Aufrüstung. Der CSU-Europaabgeordnete Weber fordert die Umstellung auf „Kriegswirtschaft“. Der Generalinspekteur der Bundeswehr Breuer erklärt, dass mit einem Angriff Putins auf einen NATO-Staat spätestens bis 2029 zu rechnen sei. Und die Berliner Regierung fordert im Einvernehmen mit Brüssel die Bürger auf, für den Kriegsfall doch zumindest für drei Tage Vorräte anzuschaffen.

EINERSEITS ist es für die Deutschen angesichts der unsicheren Weltlage gewiss nötig, die Bundeswehr, die seit der Wiedervereinigung systematisch demontiert wurde, wieder zu stärken und die sistierte Wehrpflicht wieder einzuführen.

ANDERERSEITS könnte man den Eindruck gewinnen, dass hier bewusst und systematisch Angstmade betrieben wird – und das nicht nur in Deutschland, sondern insgesamt in EU-Europa – um die Menschen auf so etwas wie einen unausweichlichen Krieg einzustimmen. Und gerade der Vergleich mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg macht deutlich, dass man Kriege auch herbeireden kann und dass Aufrüstung zu einer Rüstungsspirale führen kann, die zwingend nach Entladung strebt.

Ein echter Albtraum also!

Schmutzige Geschäfte:

In die heftige Debatte um die Deponie am Ziegelofen schaltet sich jetzt FPÖ-Mandatar Martin Antauer, Vorsitzender des Kontrollausschusses im St. Pölten Gemeinderat, ein. Er fordert „schonungslose Konsequenzen!“

Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen auf unlautere Weise Vorteile verschaffen, während fleißige Bürger ordnungsgemäß und sauber trennen und brav die nicht gerade billigen Müllgebühren bezahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Fall lückenlos aufgeklärt wird. Alle Verantwortlichen – beteiligte Firmen und Mitarbeiter der Müllabfuhr – müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig darf der Ruf der ehrlichen Müllabfuhr-Mitarbeiter nicht beschädigt werden.

Die Gleichbehandlung aller Bürger und Unternehmen muss sichergestellt sein“, so der Freiheitliche.

Auch Greenpeace sieht immer dringenderen Handlungsbedarf. Stefan Stadler, Aktivist des Investigativteams der Regenbogenkämpfer, begrüßt die geplante Räumung einer Deponie in St. Pölten: „Die Entscheidung der Behörde, die Deponie vollständig zu räumen ist richtig. Es kann nicht sein, dass sich ein Abfallunternehmen über Jahre hinweg unbemerkt seiner Verantwortung entzieht und komplett gegenteilig zu

einer modernen Kreislaufwirtschaft handelt. Jetzt muss geprüft werden, ob es zu Falschdeponierungen an anderen Standorten kam. Landeshauptfrau Mikl-Leitner muss dafür sorgen, dass sich so ein Skandal nicht mehr wiederholen kann.“

Der Betreiber, die Zöchling Abfallverwertung GmbH, wehrt sich allerdings gegen „pauschale Vorwürfe“ und betont, dass keine Umweltgefährdung bestanden habe. Gleichzeitig kündigt das Unternehmen Optimierungen an. „Die behördlichen Unter-

FPÖ fordert „volle Aufklärung“

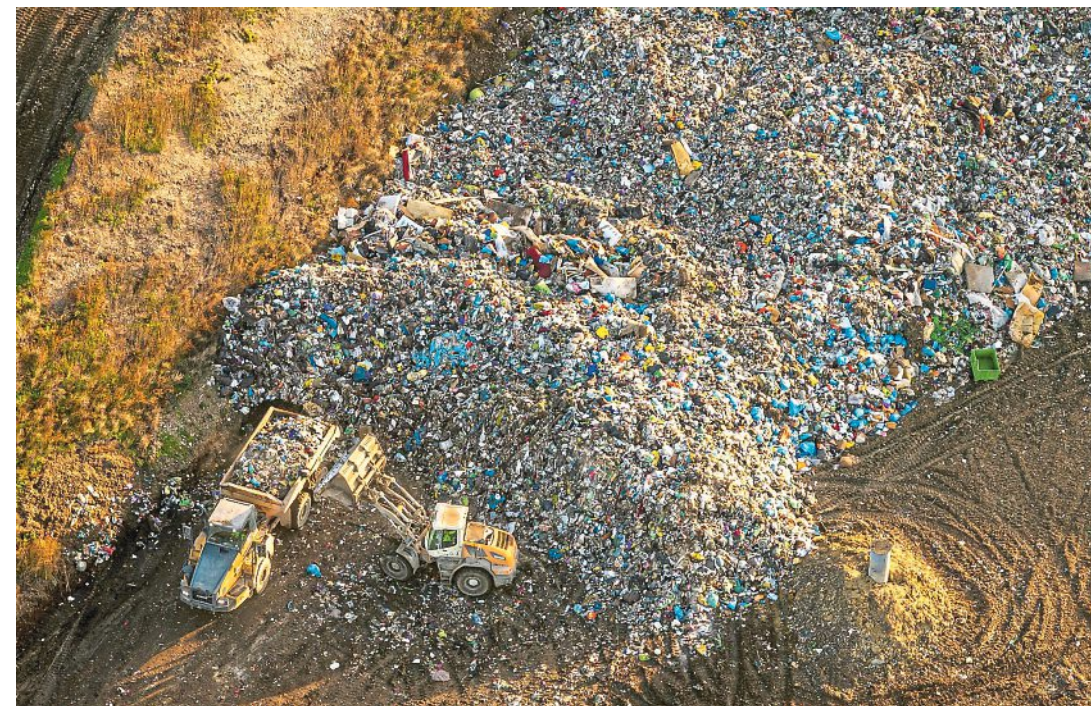


Foto: Greenpeace

Von oben gesehen präsentiert sich die Mülldeponie tatsächlich als wilde Ablagerung

suchungen bestätigen, dass zu keiner Zeit eine Umweltgefährdung bestand. Dennoch werden wir unser Stoffstrommanagement weiter optimieren und die interne Logistikkontrolle verschärfen. Eine vollständige Räumung der Deponie halten wir jedoch für unverhältnismäßig. Die Leidtragenden wären die Bevölkerung und vor allem die Anrainer, die über Jahre hinweg unter massiven Geruchs-, Staub- und Lärmbelastigungen leiden müssten“, erklärt eine Zöchling-Sprecherin.

Während die Ermittlungen noch laufen, steht jetzt schon fest, dass dieser ein Skandal ein Schlaglicht auf problematische Praktiken in der Abfallwirtschaft wirft – und auch auf die Notwendigkeit von Transparenz und Kontrolle.

M. Perry, L. Lusetzky



Foto: Schmudermayer

Schauer, Schmuckenschlager und Tanner wollen die Heeresküche in Niederösterreich noch regionaler versorgen. Davon sollen auch heimische Landwirte profitieren.



Foto: Suppaner-Bernhard

Regionaler Klimateller

Pilotprojekt in NÖ: Mit „Dynamischem Beschaffungssystem“ soll Lebensmitteleinkauf beim Heer jetzt noch lokaler werden

Bereits vor vier Jahren wurde in den Truppenküchen des Bundesheeres das Projekt „Klimateller“ gestartet. Das Ziel war, die Soldaten mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen. In Niederösterreich will Verteidigungsministerin Klaudia Tanner jetzt noch einen Schritt weitergehen. Hier startet im

Testbetrieb das sogenannte „Dynamische Beschaffungssystem“. Dieses soll ab April lokalen bäuerlichen Betrieben ermöglichen, mit den Heeresküchen ins Geschäft zu kommen, wie Tanner bei der Präsentation des Pilotprojekts gemeinsam mit Landwirtschaftskammer-Präsident Johannes Schmuck-

schlager und Martina Schauer vom Landesverband der Direktvermarkter betonte. In erster Linie geht es um die Belieferung des Heeres mit Obst, Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren sowie Milchprodukten. Durch kürzere Transportwege werde der Klimateller dann seinem Namen noch mehr gerecht, heißt es.

Katz und Maus im Hundecub

Suspendierungen, Beschuldigungen, Verleumdungen, einstweilige Verfügungen: Im Basset- und Laufhundecub scheint das Wohl der Vierbeiner nur nebensächlich zu sein.

Der Förderung der Reinzucht hat sich der Basset- und Laufhundecub verschrieben. Zumindest laut Homepage. Denn hinter den Kulissen scheint es gewaltig zu brodeln in dem österreichweit aktiven Verein. Wie berichtet, war zuletzt das Gericht in Klagenfurt damit beschäftigt. Denn Ende des Vorjahres sollen sich in Altlenzbach, Bezirk St. Pölten, wilde Szenen abgespielt haben. Eine 61-Jährige musste sich daher nun wegen Verleumdung verantworten. Sie soll behauptet haben, niedergestoßen worden zu sein, sich aber vor den Augen der Polizisten selbst langsam hingelegt haben.

Küssen geben sich nur die Bassets, hinter den Kulissen des Clubs werden weit weniger Nettigkeiten ausgetauscht.



Foto: Tina Fineberg

Der Prozess wurde vertagt, doch es kommen immer mehr Details ans Tageslicht. So war der Tumult bei der Jahreshauptversammlung schon im Vorfeld ange-

kündigt: Eine Woche zuvor wurde die Polizei darüber informiert, dass es zu Reibereien kommen werde. Im Vorfeld war nämlich ein Ehepaar wegen vermeintli-

cher Dokumentenfälschung suspendiert worden. Zu Unrecht, wie später der Ehrenrat des Clubs entschieden hat. Die Präsidentin wurde daraufhin auf Unterlassung verklagt. Dennoch sei den Mitgliedern und ihren Unterstützern der Zutritt zur Sitzung verwehrt worden. Dadurch sei die Lage eskaliert, der Präsidentin sogar ins Gesicht geschlagen worden. „Das stimmt nicht. Sie hat jemanden das Handy entrisen und er holte es sich zurück. Daraufhin ist sie mit einem Geschrei zu Boden gegangen“, erzählt ein Zeuge. Das Gericht hat das Verfahren eingestellt – es wird aber nicht das Letzte gewesen sein...